Antrag öffentlich	Datum 08.05.2026	Nummer A0104/26

Absender **Fraktion Die Linke**	
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Wigbert Schwenke	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	21.05.2026

Kurztitel Darlegung des pädagogischen Konzeptes der Clearingstelle und des Erweiterungsbaus am Kinderschutzzentrum

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten,

1. dem Stadtrat eine ausführliche Darstellung des pädagogischen und therapeutischen Konzeptes für die geplante Clearingstelle am Städtisches Klinikum Magdeburg bis zum Ende des 2. Quartals 2026 vorzulegen,

2. ebenso das pädagogische Gesamtkonzept der vorgesehenen Einrichtung am Kinderschutzzentrum für psychisch erkrankte und traumatisierte Kinder und Jugendliche bis zum Ende des 2. Quartals 2026 darzustellen,

3. dabei insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:

    - Zielgruppe und Zugangswege (insbesondere bei akuten Kindeswohlgefährdungen)
    - pädagogische, therapeutische und diagnostische Leitansätze
    - Darlegung des Raumkonzeptes und Nutzungsoptionen
    - Zusammenarbeit mit Jugendamt, Schulen und freien Trägern
    - Einbindung von Familien und Personensorgeberechtigten
    - personelle Ausstattung (Qualifikationen)
    - Übergänge in weiterführende Hilfen (z. B. stationäre oder ambulante Behandlung)
    - Qualitätsstandards und Evaluation

4. darzulegen, wie beide Einrichtungen ineinandergreifen, welche Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Stadt erfolgen und wie diese strukturell mit bestehenden Angeboten des Kinderschutzes und der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Magdeburg verzahnt werden.

Begründung

Die geplante Einrichtung einer Clearingstelle am Städtisches Klinikum Magdeburg sowie eines Angebots am Kinderschutzzentrum Magdeburg für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche wurden dem Stadtrat gegenüber lediglich als Baumaßnahme kommuniziert. Bis heute offen ist das pädagogische Konzept der Stadt, welches die zentrale fachliche Grundlage ausreichend transparent darlegt.

Gerade bei hochsensiblen Zielgruppen – Kindern und Jugendlichen in akuten Krisen, häufig im Kontext von Kindeswohlgefährdung – ist ein tragfähiges pädagogisches und therapeutisches Konzept keine nachgelagerte Detailfrage, sondern die Voraussetzung für eine verantwortbare Umsetzung.

Nach derzeitigem Kenntnisstand bleibt jedoch unklar,

- nach welchen fachlichen Standards die Clearingprozesse erfolgen sollen,
- wie die Balance zwischen Gefahrenabwehr, Diagnostik und pädagogischer Stabilisierung konkret ausgestaltet wird,
- wie Zwangskontexte vermieden und Beteiligungsrechte der jungen Menschen gesichert werden,
- und wie die Schnittstellen zwischen Jugendhilfe, Schule und Kinder- und Jugendpsychiatrie verbindlich geregelt sind.

Besonders kritisch ist, dass mit der Clearingstelle eine neue Struktur geschaffen wird, ohne dass nachvollziehbar dargestellt ist, wie diese sich in das bestehende Hilfesystem einfügt. Auch die parallele Entwicklung zum spezialisierten Angebot des Kinderschutzzentrums wirft Fragen auf: Ohne ein offengelegtes Gesamtkonzept bleibt unklar, ob hier tatsächlich eine fachliche Lücke geschlossen wird oder ob neue institutionelle Übergänge entstehen, die zusätzliche Brüche im Hilfeverlauf erzeugen.

Hinzu kommt, dass Aussagen zur personellen Ausstattung, zur Qualifikation der Fachkräfte sowie zu verbindlichen Qualitätsstandards und Evaluationsmechanismen bislang nicht ausreichend konkretisiert sind. Gerade in einem Bereich, der von multiprofessioneller Zusammenarbeit lebt, ist dies jedoch entscheidend für die Wirksamkeit.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ausreichend, bauliche oder strukturelle Maßnahmen zu beschließen, ohne gleichzeitig die inhaltliche Ausrichtung transparent zu machen. Der Stadtrat trägt Verantwortung für die fachliche Qualität und Steuerung der Hilfesysteme – diese kann nur auf Grundlage klarer Konzepte wahrgenommen werden.

Die angeforderte Darlegung dient daher als notwendige Voraussetzung für eine fundierte politische Entscheidung.

Rebekka Grotjohann Fraktionsvorsitzende	Noah Biswanger Fraktionsvorsitzender	Nicole Anger sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin